

schichte und jeden Skandal schafft, der dem „Ultramontanismus“ ein Versehen könnte, hat auf einmal „leider“ keinen Platz. Desto mehr Platz hat es für die gekränkte Unschuld.

Im Gegensatz zur „Leipziger Abendzeitung“, die blindwütig auf uns losfährt, als hätten wir die Zuschrift verfaßt, und ihren Inhalt für ganz unmöglich hielt, suchen die „Leipz. Neue Nachr.“ die Gemütslichkeit der Sache zu retten, indem sie sie für ihr in der Zuschrift perniöse Verhalten gegen die Katholiken zu entschuldigen suchen. Zuerst sei die Lage der Reformation und der Freiheit des Geistes. Den Zäpfen sei der Zwang in der katholischen Kirche unverständlich. Der Ultramontane sei ihnen ein Volksfeind. Ein Satz verdient wörtlich erwähnt zu werden:

Jeder Kenner des sächsischen Volkes weiß, daß sich in Sachsen niemand um das Glaubensbekenntnis des anderen kümmert. Das wird als reine Privatsache betrachtet. Anders ist es, wenn ein Katholik seinen katholischen Glauben ostentativ hervorhebt und zu religiösen Disputationen, dazu noch mit ungebildeten Leuten, Veranlassung gibt. Dann ist der Zäpfen evangelischer Christ, und zwar ein überzeugter, der für seinen Glauben eintritt und in dem Katholiken seinen alten Glaubensgegner sieht.

Die ganze Verordnungsrede der Leipziger Neuest. Nachr.“ ist verkehrt. Der Verfasser der Zuschrift an das Münchener Blatt hat sich ausdrücklich als nicht ultramontan erklärt. Er hat nirgendwo angedeutet oder herabgeschrien. Die wörtlich zitierte Weisheit der „Leipz. N. Nachr.“ wirkt im Munde eines liberalen Mannes, das einen so schätzbaren Kampf gegen die katholische Kirche führt, wie die „Leipz. N. Nachr.“, geradezu lächerlich. Weder in Leipzig noch überhaupt in Sachsen hebt das Säuflein Katholiken seinen Glauben ostentativ hervor. Trotzdem brügel das Leipziger Blatt mangelhaft auf ihrer Religion herum. Kinderkommunion, Wallfahrt, Modernisteneid — alles übergehen sie mit der Länge ihrer heisenden Kritik. Die Sozialdemokratie, die in Leipzig viele Häuser und Herzen hat, findet in den Spalten der mutigen „Leipziger Neuest. Nachr.“ nicht so viel Beachtung wie der Katholizismus. Das Motiv dieser Kritik ist unklar zu erraten.

Wenn von „Toleranz in Sachsen“ gesprochen wird, sollen sich die „Leipz. Neuest. Nachr.“ nur möglichst still verhalten und nicht den Katholiken Schuld, sich und ihrem Befolge Unschuld anschlürfen. Wenn es in Sachsen Toleranz gibt, sind die „Leipz. Neuest. Nachr.“ daran ganz unschuldig. Das ist ihre wahr: Unschuld, um die sie freilich so leicht niemand beneiden wird.

**Vom Balkan**

**Unsicherheit der Lage**

Obwohl fast alle Meldungen von einer neuerlichen Entscheidung der Lage und von Friedensstimmungen zu berichten wissen, so muß man doch den Stand der Friedensverhandlungen zurzeit als höchst unsicher bezeichnen. Wie schon gestern gemeldet, besteht die Türkei auf ihrem Standpunkt: Sie willigt in die bedingungslose Abtretung Mazedoniens an die Balkanstaaten ein, scheint auch geneigt, sich in der albanischen Frage dem Standpunkte der Verbündeten anzupassen, erklärt aber neuerdings unentwegt, daß sie auf Adrianopel in keinem Falle verzichten werde. — Infolgedessen herrscht

**Kriegsstimmung**

in Konstantinopel und in Sofia. Enver Bey, der bekannte türkische General, hat nach genauer Besichtigung der türkischen Stellungen an der Tschataldatschalinie an Kamal Pascha ein von 25 höheren Offizieren mitunterzeichnetes Telegramm gerichtet, worin er die Fortsetzung des Krieges fordert. In Sofia hat König Ferdinand einer Deputation gegenüber erklärt, er glaube, daß der Friede geschlossen werden würde. Wenn der Friede jedoch nicht zustande käme, würde der Krieg mit Gottes Hilfe fortgesetzt werden, bis das Werk zu Ende geführt worden sei.

Die Verhandlungen der Friedenskonferenz am 3. Januar. Aus London wird unterm 3. Januar telegraphisch gemeldet: In der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz übertrugen die Delegierten der Verbündeten ein dreifaches Ultimatum betreffend Adrianopel, Areta und die ägäischen Inseln. Sie gaben zu verstehen, daß sie die Verhandlungen abbrechen würden, falls sie nicht bis Montag nachmittags 4 Uhr eine zufriedenstellende Antwort erhielten. Der Vor-

möglich, das Programm, das mich bestimmt hatte, die Leitung des Staates anzunehmen, durchzuführen. Ich bin schon 51 Jahre alt, und wenn man mich sieben Jahre hindurch im Chrysopalast begraben wollte, würde ich alt und abgearbeitet und zum politischen Nichtstuer bestimmt, was gewöhnlich das Los der gewählten Präsidenten der Republik ist.“ Trotz dieser Ausführungen, welche keine so hohe Auffassung von der Präsidentschaft der Republik verraten, dürfte sich Herr Poincaré zu einer anderen Ueberzeugung bringen lassen, wenn man ihn die Gewißheit darüber geben könnte, daß seine Kandidatur die größten Chancen für den Sieg hat. Man muß noch abwarten, wie sich die radikalen Combisten verhalten werden, die noch zahlreich genug sowohl im Palais Bourbon, als auch im „Luxemburg“ vorhanden sind. Die Kandidaturen der Herren Deschanel und Ribot sind Kandidaturen von hervorragend dekorativen Männern, die aber beide der fortschrittlichen Partei angehören, also einer Partei, die in der Kammer nicht allzustark vertreten ist.

Aus all dem erhellt man, daß man es mit parlamentarischen Intrigen zu tun hat, Intrigen, die sich in den Tagen der Präsidentschaftwahl noch erneuern und verdichten werden. Frankreich aber ist ruhig und befähigt sich wenig mit der Frage der Nachfolgerschaft Fallières, während die Parmentarier, die im Chrysopalast einen brauchbaren und harmlosen Mann haben möchten, der willens ist, sie zur richtigen Zeit zu begünstigen, heimlich die Waffen schmieden und schärfen. Das ist die Präsidentschaftwahl in Frankreich...

Schlag der Türken, daß sie die Antwort bereits morgen nachmittags um 4 Uhr geben würden, wird als Angelegenheit dafür aufgefaßt, daß die Türken den Abbruch als unvermeidlich ansehen.

Die Friedenskonferenz hat sich 7 Uhr 40 Minuten abends auf morgen 4 Uhr vertagt.

**Eine Intervention Rußlands**

ist in Form von Vorstellungen der russischen Botschafter in Konstantinopel erfolgt. Der russische Botschafter hat der Pforte die Nachteile auseinandergesetzt, die ihr aus einem allzu langen Verzögern der Annahme der bulgarischen Hauptforderung erwachsen könnten. Man erwartet, daß für die Sitzung der Friedenskonferenz am nächsten Sonntag der türkische Bevollmächtigte Reschid Pascha Instruktionen aus Konstantinopel erhalten wird, die geeignet sind, als verlässliche Grundlage für ein bulgarisch-türkisches Arrangement zu dienen.

**Bezüglich Albanien**

besteht, wie bekannt, die größte Schwierigkeit darin, die Grenzen des neuen Fürstentums festzusetzen. Rußland möchte ein möglichst großes Stück des künftigen Albanienstaates den Serben zuschicken. Oesterreich und Italien treten für die Schaffung eines möglichst großen Staates ein, der erst zu nehmen ist. Es besteht Aussicht, daß die diesbezüglichen Verhandlungen zum Ziele führen, da alle Staaten froh wären, wenn diese Schwierigkeit bald aus der Welt geschafft wäre.

**Ein Sieg und eine Niederlage der Türken**

Nachdem ein türkischer Ausfall aus Skutari den Montenegroern große Verluste beigebracht hat und sogar eine Verwundung des Prinzen Mirko von Montenegro zur Folge hatte, wird nun von der Insel Chios gemeldet, daß die dortige türkische Besatzung in der Stärke von 2000 Mann sich den Griechen ergeben hat.

Telegraphisch wird weiter gemeldet:

London, 3. Januar. In der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz schlugen die Türken eine neue Grenze in Thrazien vor, die Adrianopel der Türkei läßt. Hinsichtlich Areta erboten sich die Türken, zugunsten der Großmächte auf alle Rechte an der Insel zu verzichten, jedoch unter der Bedingung, daß man von ihnen die Abtretung einiger anderen Inseln verlange. Darauf übergaben die Delegierten der Verbündeten den Türken etwa folgende Antwort: Die Delegierten der Verbündeten ersuchen die türkischen Delegierten, in einer Sitzung am Montag 4 Uhr nachmittags neue Vorschläge zu machen, die folgendes enthalten: 1. Verzicht des türkischen Rechts auf Areta; 2. Abtretung der ägäischen Inseln; 3. Festlegung einer Grenze für das Vilajet Adrianopel, welche die Stadt Adrianopel den Verbündeten überläßt. Falls dies nicht gelte, würden die Verhandlungen als abgebrochen betrachtet werden. Die Türken erwiderten darauf, daß sie ihre Antwort morgen nachmittags 4 Uhr geben würden. Von den Delegierten der Verbündeten wurde dieser Vorschlag angenommen.

**Deutsches Reich**

Dresden, den 4. Januar 1913

— Auf Befehl des Kaisers soll am 18. März in allen militärischen Standorten Preußens eine große militärische Hundertjahrfeier stattfinden.

— Die Finanzminister der größeren Bundesstaaten sind in Berlin eingetroffen, um über die Besteuerung zu beraten. Wie aus Berlin hierzu berichtet wird, haben die Finanzminister von Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen eine Vorbereitungsabgehalt. Im übrigen betont eine offiziöse Korrespondenz, daß den Ministern kein bestimmter Entwurf vorgelegt werden soll, sondern daß „alle Möglichkeiten einer allgemeinen Besitzsteuer“ im Anschluß an das Material, das den Bundesregierungen vor Monaten in einer Denkschrift übermitteln wurde, besprochen werden sollen. Erst dann wird eine Vorlage ausgearbeitet und im Bundesrat eingebracht werden.

— Der neue Herr im Auswärtigen Amte. Man schreibt uns aus Berlin: Die ersten 12 Jahre des 20. Jahrhunderts haben einen raschen Wechsel in der schönen Villa im Auswärtigen Amte gebracht. Da sah zunächst Bülow, der dann im benachbarten Reichskanzlerpalais weiterwirkte. Dann kam Herr v. Richthofen, eine diplomatisch ganz unbedeutende Persönlichkeit, der nur ein Gehilfe des Reichskanzlers war. Als er mitten in seiner Tätigkeit abberufen wurde — bei einem Dinner erlitt er einen Schlaganfall — blieb alles ruhig und niemand beklagte seinen Verlust. Gleich unbedeutende Männer wurden seine Nachfolger, zunächst die personalisierte Ungeschicklichkeit unter dem Herrn v. Tschiersky, der heute in Wien sitzt, wo die diplomatischen Aufgaben so klar sind, daß ein Kind sie erfüllen kann: Bündnistreue. Ihn löste ein anderer Faden, aber die gleiche Nummer ab: Herr v. Schön; alles, nur kein Staatssekretär. Wie er zum Botschafter taugt, ist auch vielen ein Rätsel. Man tritt keinem dieser drei Staatssekretäre zu nahe, wenn man offen sagt, daß sie selbst fühlten, daß sie ihrer Stelle nicht gewachsen waren: sie gingen auch, sobald sie konnten. Anders wurde es mit Aiderlen; denn er war eine Persönlichkeit, die sich durchsetzte. Seine Berufung konnte nicht leicht durchgeführt werden. Die „Frankf. Sta.“ teilt zutreffend folgendes mit: „Herrn v. Bethmann ist es gelungen, wenn auch nicht leicht. Man sagt, daß er mit einem Entlassungsgeheuch in der Tasche damals nach Kiel gereist ist, wo der Kaiser sich dann den sachlichen Gründen, die für die Berufung Aiderlens geltend gemacht wurden, nicht verschloß. Man erzählt, daß der Kaiser gesagt habe: „Ich weiß, daß er der Richtige ist. Sympathisch ist er mir nicht, aber er soll Staatssekretär werden.“ Warum Wilhelm II. dem überall so beliebten Geheimen Legationsrat v. Aiderlen, der in der Coprivizzeit lange Jahre als Vertreter des Auswärtigen Amtes sein Reisebegleiter gewesen war, zürnte, und weshalb dieser Aiderlen daher so lange in Bukarest gewissermaßen wie in der Verbannung sitzen mußte, das ist nicht vielen bekannt. Wir wissen es von dem jetzt Verstorbenen selbst. Er hatte

als Reisebegleiter dem Staatssekretär v. Marschall neben den amtlichen Berichten auch zuweilen, wie das allgemein üblich ist, Privatbriefe geschrieben, Briefe, in die der Sumor, der zu Aiderlens Wesen gehörte, zuweilen hineinspielte. Einzelne dieser Briefe sind offenbar dem Kaiser in die Hände gespielt worden. Der Kaiser mag den Eindruck gehabt haben, daß die eine oder andere Wendung dieser Briefe so etwas wie spöttisch sei. Er hat Aiderlen wohl für undankbar gehalten, und daher die lange Verftimmung. Durch Aiderlens Ernennung zum Staatssekretär hat der Kaiser gezeigt, daß er vor sachlichen Notwendigkeiten die persönliche Stimmung zurücktreten läßt.

— Freiherr von der Goltz, der nunmehr in den Ruhestand tritt, ist bekanntlich der Reorganisateur der türkischen Armee. Die „Verf. Red.“ schreibt nun dazu: „Man weiß, daß der verstorbene Staatssekretär v. Aiderlen bis in die letzten Septembertage hinein nicht an die kriegerischen Absichten des Balkanbundes geglaubt hat, und als die vier Könige den Krieg erklärt hatten, war man im deutschen Auswärtigen Amte der festen Meinung, daß die Türkei ihre Gegner in wenigen Tagen beslegt haben würde. Daß Herr v. Aiderlen dieses Glaubens war, daran trägt der Freiherr von der Goltz die Schuld.“ Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser Umstand auf die Tatsache, daß von der Goltz sich nicht mehr der Gunst an höchster Stelle erfreut, Einfluß gehabt hat.

— Der neue Kolonialgerichtshof soll nach Hamburg kommen. Die ursprüngliche Vorlage, die nicht zur Verhandlung gelangte, sah einen Kolonial- und Konsular-Gerichtshof vor, dessen Sitz in Berlin sein sollte. Die Reichsregierung hat sich nun aber nach der „Tägl. Rundschau“ entschlossen, eine Trennung der beiden Gerichtshöfe vorzunehmen, und sie wird zunächst die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes in Vorschlag bringen, dessen Sitz nicht in Berlin, sondern in Hamburg sein soll.

— Die württembergischen Sozialdemokraten liegen sich nach den Wahlen wieder in den Haaren. Wir lesen darüber in der freistündigen „Vollst. Stg.“: „Die sozialdemokratischen Blätter Württembergs füllen täglich ganze Spalten mit persönlichen Händeln und Erklärungen. Von den Ehrlinger Sozialdemokraten wird der Landesvorstand wegen des Abkommens mit der Volkspartei abgerufen; der Vorstand erwartet den Angriffen gegenüber die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung. Die Disziplinlosigkeit nimmt immer stärker zu. — Den Freistündigen kann man zu solcher Wahlbrüderchaft gratulieren.“

— Der Abgeordnete Wassermann scheint in seiner Partei immer mehr an Boden zu verlieren. Am 9. Februar tritt in Berlin der Zentralvorstand der Nationalliberalen zusammen. Aus nationalliberalen Kreisen erhalten nun die Hamburger Nachrichten eine Zuschrift, in der die bestigsten Vorwürfe gegen Wassermann erhoben werden. Es wird versichert, daß Wassermann schon seit einem Jahre nicht mehr die Majorität der Partei hinter sich habe. Herr Wassermann wird beschuldigt, den Pommerischen Jungradikalismus in seinem ersten Entwicklungsstadium gefördert und aufgemuntert zu haben.

**Aus dem Auslande**

**Oesterreich-Ungarn**

— Opfer der Kriegsgefahr. Das „Prager Tageblatt“ veröffentlicht eine Statistik der in der letzten Zeit in Oesterreich gemeldeten Inzidenzen. Danach wurden 460 Inzidenzen mit einem Gesamtpassivbetrag von 182 Millionen Kronen gemeldet, wobei jedoch nur Inzidenzen mit mindestens 100 000 Kronen Passiven berücksichtigt sind. Außerdem sind mehrere tausend Fälle von Inzidenzen unter 100 000 Kr. vorgekommen.

— Das Duell Tisza-Karolyi. Das gestern gemeldete Duell hatte seinen Grund darin, daß Graf Karolyi, als Tisza ihm die Hand reichen wollte, seine Hand in der Tasche hielt und bemerkte, nach dem Vorgefallenen wäre es vollständig unnütz, mit einander freundlich zu tun. Graf Tisza erwiderte: Es ist es auch gut. Der Zweikampf dauerte beinahe eine Stunde. Es fanden 32 Gänge statt. Graf Karolyi erhielt mehrere leichte Ritzwunden, Graf Tisza beim dritten Gange einen flachen Hieb auf die rechte Hand. Die Gegner schieden unversehrt.

**Großbritannien**

— In Unterhause kam es zu sürmischen Ausbrüchen gelegentlich der Debatte über die Homerulebill. Verschiedene Unionistenführer sprachen vom Widerstand der protestantischen Provinz Ulster. Als der Marineminister Churchill den Zwischenruf ausstieß: „Ermutigen Sie es denn jetzt?“ wurde ihm von der Opposition Schmeicheleinreden, wie „Ratte!“ und „Verräter!“ zugerufen. Der irische Abgeordnete Kapitän Craig nannte Churchill sogar einen verächtlichen Nicht, als der Minister in seiner Rede sagte: „Also die Ulsteraner wären lieber unter der Herrschaft Deutschlands als unter derjenigen eines irischen Parlaments!“ Darauf entstand ein großer Tumult. Schließlich sagte Churchill: „Die Bill würde ja zweifellos erst nach allgemeinen Wahlen Gesetz, und da dann ja die Konservativen siegen würden, wie sie immer selbst behaupten, so könnten sie ja leicht die Ulsterfrage regeln.“

**Frankreich**

— Eine sanitäre Zone in Paris. Der Munizipalrat hat zu dem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt, nach dem Paris den besetzten Gürtel von Paris erwirbt und ihn in eine sanitäre Zone ausgestaltet.

**Rußland**

— Die Maßregelung des Großfürsten Michael Alexandrowitsch. Großfürst Michael Alexandrowitsch, der Bruder des Zaren, wurde, wie gemeldet, von der Kommandeurstelle der Gardereiter entbunden und auf 11 Monate in das Innere Rußlands beurlaubt. An seiner Stelle erhielt Fürst Dolgorucki das Kommando des Gardereiterregiments, das aus diesem Anlaß zum Generalmajor befördert wurde. Die Gemahlin des Großfürsten, die geschiedene Frau des Kürassierobersten Wulfert, hat vom Zaren den Rang einer Gräfin erhalten.

wobnte  
Adjutar  
am 30.  
v. Eile  
Jose de  
wird an  
Alterum  
Baron  
und  
Palais  
dem H  
verhält  
wetter  
Witteru  
U  
osten h  
775 Mi  
Zief ha  
stürmisch  
nähezu  
liche W  
8. Janu  
4. Janu  
Neufst  
3. D. v  
der M  
im Su  
tionstra  
Schweje  
Infant  
aus ja  
storben  
König  
und le  
Georg  
v. Wa  
ebenfo  
waren  
Dresde  
106, de  
tärvere  
106er J  
den S  
fe II  
vollend  
rain d  
und g  
bestie  
Weise  
Crisbe  
Journ  
der au  
namba  
wie a  
gangen  
für di  
Ereite  
Dresd  
des S  
und C  
lichen  
statt, i  
feiert  
10. Bl  
Protel  
Geflitz  
staltet  
ausste  
Das  
König  
worde  
Sonn  
seitig  
nehme  
Carol  
das  
woch  
Geme  
Bund  
recht  
wird  
schen  
melne  
Distu  
Fraue  
Groß  
Ruch  
Prief  
benac  
der u  
Senf  
Mar  
Land  
mina  
fern  
2. B